Der Pakt für einen exzellenten Unterricht in der Französischen Gemeinschaft

Vorbereitung

Beim „Exzellenzpakt" handelt es sich um ein dynamisches Projekt, das in der Französischen Gemeinschaft über die Legislaturperiode hinaus fortgeführt werden soll.

Dazu wurden zunächst zwei Arbeitsgruppen aus je ca. 15 unterschiedlichen Akteuren des Schullebens gebildet. Die erste hat eine Bestandsaufnahme des Zustands des Schulsystems in der Französischen Gemeinschaft erstellt und die zweite hat sich Gedanken über die Werte, den Sinn und die Ziele der Schule im 21. Jahrhundert gemacht. Außerdem wurde die externe Beraterfirma McKinsey mit weiteren Aufgaben betraut.

Auf Grundlage dieser Ergebnisse hat die sogenannte Zentralgruppe, bestehend aus Mitgliedern des Kabinetts der Bildungsministerin, Mitarbeitern der Verwaltung und einzelnen Schulakteuren, eine Synthese erstellt, anhand derer die Regierung die weitere Richtung vorgibt.

Im Anschluss daran wurden zwölf weitere Arbeitsgruppen eingesetzt, die zu unterschiedlichen Themenfeldern beraten und konkrete Maßnahmen ausarbeiten sollen. Ein Schwerpunktthema ist dabei die Autonomie der Schulen. Zudem wird die vertikale Struktur der Schulnetze kritisch beleuchtet und einer geografischen Struktur gegenübergestellt. Grundgedanke ist dabei, dass Schulen in geografischer Nähe zueinander nicht isoliert betrachtet werden können, selbst wenn sie unterschiedlichen Schulnetzen angehören.

Eckpunkte des Exzellenzpakts

Die Überlegungen dieser zwölf Arbeitsgruppen sind anschließend von der Zentralgruppe zu einer Synthese zusammengefasst worden, die der Journalist Pierre Bouillon in der Tageszeitung *Le Soir* analysiert hat[1]. Daraus geht allgemein hervor, dass der Exzellenzpakt die Freude am Lernen wieder wecken, neue pädagogische Herangehensweisen einzuführen und das Wissen und die Kompetenzen der Schüler so anpassen möchte, dass die Basisfächer gestärkt werden. Zudem soll die Chancengerechtigkeit unter den Schülern verbessert werden.

Die Eckpunkte des Exzellenzpakts im Einzelnen (Stand April 2016):

Schuldemokratie stärken

Um die Schule angenehmer für die Schüler zu machen, soll die schulinterne Demokratie durch die Förderung von Schüler- und Klassenräten und eine Verbesserung der Beziehung zwischen Schule und Familie gestärkt werden. Außerdem soll die Schule irgendwann vollständig kostenlos für die Schüler werden.

Schulrhythmen neu gestalten

Die Zentralgruppe schlägt zudem vor, die Schulrhythmen zu überdenken. So soll der Schultag um eine oder anderthalb Stunden verlängert werden, damit Hausaufgaben und außerschulische Aktivitäten während der Schulzeit durchgeführt werden können. Außerdem soll das Schuljahr in allen Schulformen neu aufgeteilt werden, und zwar in je sieben Wochen Unterricht, gefolgt von je zwei Wochen Schulferien, wobei die Sommerferien beibehalten werden.

Lehrerkarriere in drei Etappen

[1] Le Soir, 28.04.2016.

Die Karriere eines Lehrers soll laut Zentralgruppe in drei große Etappen unterteilt werden: „Lehrer auf Probezeit" (entspricht der heutigen Zeit vor der Ernennung), „bestätigter Lehrer" und „erfahrener Lehrer". Mit jeder dieser Etappen sollen Rechte und Pflichten verknüpft werden. So soll die Unterrichtszeit eines bestätigten Lehrers verringert werden, damit er junge Lehrer unterstützen kann. Wie lange die einzelnen Etappen dauern sollen, wird nicht näher definiert.

Außerdem sollen erfahrene Lehrer ein Sabbatjahr einlegen können, in dem sie 50 % ihrer Zeit der Weiterbildung oder einem mit dem Beruf verbundenen Projekt widmen und die anderen 50 % als Ersatz für abwesende Lehrer zur Verfügung stehen.

Förderung der Kultur

Jeder Schüler soll vom Kindergarten bis zum Abitur in den Genuss eines Kunst- und Kulturunterrichts gelangen. Dabei sollen den Schülern theoretisches Wissen und praktische Fähigkeiten im Bereich Kunst vermittelt werden.

Gemeinsame Grundausbildung ohne Sitzenbleiben

Während heute die schwächeren Schüler ab dem dritten Jahr der technischen oder beruflichen Abteilung zugeführt werden, sollen künftig alle Schüler vom ersten Kindergartenjahr bis einschließlich zum dritten Sekundarschuljahr – und in einer nächsten Phase gegebenenfalls sogar bis zum vierten Sekundarschuljahr – in den Genuss einer gemeinsamen Grundausbildung kommen.

Nach Abschluss des dritten Jahrs kann der Schüler dann wirklich frei und bewusst über seinen weiteren Schulweg entscheiden.

Während dieser gemeinsamen Grundausbildung werden summative Evaluationen[2] durchgeführt, mit denen also beurteilt wird, welche Kompetenzen nach einem gewissen Zeitraum erreicht worden sind. Sie können jedoch nur in begründeten Ausnahmefällen zum Sitzenbleiben Grundausbildung führen.

Ab dem vierten Sekundarschuljahr erfolgt eine Aufteilung zwischen „Übergang zur Hochschule" und „qualifizierender Unterricht", wobei die aktuelle technische und die berufliche Abteilung fusioniert werden.

Autonomie

Die Schulen sollen mehr Autonomie erhalten, werden aber gleichzeitig verpflichtet, Ziele zu definieren und gegenüber der Französischen Gemeinschaft Rechenschaft abzulegen. Dabei werden drei Ebenen definiert:

Erstens eine zentrale Regulierungsbehörde, die die allgemeinen Ziele der Schule definiert.

Zweitens Gebietsdirektionen, die von einem Zonendirektor geleitet werden. Diese inspizieren die Schulen, prüfen, ob sie die Curricula einhalten und legen mit jeder Schule einen Steuerungsplan fest, in dem spezifische Ziele für jede Schule festgehalten werden.

Drittens wird innerhalb der geografischen Zone eine sogenannte « inspection new look » eingerichtet. Deren Inspektoren prüfen die Umsetzung des Steuerungsplans und stellen die Koordinierung zwischen den Schulen unabhängig von den Schulnetzen sicher.

---

[2] Im Gegensatz zu einer formativen Evaluation beurteilt eine summative Evaluation nur, ob Lernziele eines Curriculums erreicht worden sind. Sie untersucht also nicht, wie gelernt worden ist bzw. warum nicht gelernt worden ist (*siehe* https://de.wikipedia.org/wiki/Summative_Evaluation, letzter Zugriff am 20.03.2017).

Entlastung des Schulleiters

Die Leiter der Primarschulen sollen Unterstützung für die Erledigung von administrativen Aufgaben erhalten. Zur Entlastung sowohl der Primar- als auch der Sekundarschulleiter sollen administrative Aufgaben gebündelt werden, indem man „Verwaltungszentren" einrichtet oder Schulfusionen fördert (wobei die Niederlassungen bestehen und die personellen Ressourcen unangetastet bleiben sollen).

Der Schulleiter soll mehr Autonomie bei der Personalrekrutierung erhalten, damit sie im Rahmen des Statuts die Möglichkeit haben, eine eigene Schulkultur zu entwickeln.

Die Schulleiter selbst sollen künftig auch aus anderen Schulnetzen oder einer anderen Schulebene rekrutiert werden können. Zudem könnte das Mandat des Schulleiters zeitlich begrenzt werden, beispielsweise auf (erneuerbare) sechs oder acht Jahre.

Weiterbildung

Die Zentralgruppe geht in ihrer Synthese kaum auf die Erstausbildung selbst ein, während der Hochschulminister der Französischen Gemeinschaft, Jean-Claude Marcourt, bereits eine Verlängerung auf fünf Jahre in Aussicht gestellt hat.

Sie konzentriert sich vielmehr auf die Weiterbildung während der Berufslaufbahn und schlägt vor, dass der Schulleiter mit den Lehrern Weiterbildungspläne verhandelt, die auf die Bedürfnisse und Ziele der Schule ausgerichtet sind.

Des Weiteren soll der Lehrer ein individuelles „Weiterbildungsportfolio" zusammenstellen können. Im Übrigen empfiehlt die Zentralgruppe, eine Mindestanzahl an Weiterbildungen festzulegen.

Pädagogischer Koordinator

Zur Entlastung des Schulleiters soll jede Schule einen pädagogischen Koordinator bezeichnen. Dieser soll als Faktor der Dynamik und Innovation fungieren und eine gewisse Kontinuität im Fall eines Wechsels des Schulleiters gewährleisten.

In Abstimmung mit der Schulleitung können die pädagogischen Koordinatoren pädagogische Versammlungen moderieren, Innovationen anregen, Lehrer begleiten oder unterstützen, sich mit Kollegen an anderen Schulen austauschen und dem Schulleiter beratend zur Seite stehen.

Was ist unterrichten?

Die Arbeitsgruppe möchte die Tätigkeit des Unterrichtens klarer umreißen und legt fünf wesentliche Merkmale fest. Unterrichten umfasst demnach:

- eine Tätigkeit vor den Schülern,
- eine Dienstleistung gegenüber der Schule und den Schülern (Klassenräte, Elterngespräche,…)
- Teamarbeit mit Kollegen (Teamversammlungen, Unterstützung von Berufsanfängern),
- Eine selbstständige Arbeit (Vorbereitung der Kurse),
- Weiterbildung.

In dem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob man diese Aufgaben zeitlich bemessen sollte. Derzeit unterrichten die Lehrer je nach Fall 20, 22 oder 24 Stunden in der Klasse. Einige Autoren des Exzellenzpakts wollen für die Lehrer eine 38-Stunden-Woche definieren, was jedoch bei den Gewerkschaften umstritten ist.

Obligatorischer Besuch des Kindergartens

Die Regierung der Französischen Gemeinschaft wird dazu aufgefordert, die Schulpflicht von sechs Jahren (erstes Primarschuljahr) auf drei Jahre (erstes Kindergartenjahr) zu senken. Derzeit können die Kinder dem Kindergarten fernbleiben, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen. Dies führt dazu, dass einige Kinder fast immer anwesend sind und andere viel seltener.

Die Zentralgruppe geht davon aus, dass noch eingehend analysiert werden muss, ob damit eine Anwesenheitspflicht von 100 % von den Kindern verlangt wird. Es sollen aber Maßnahmen ergriffen werden, die einen häufigeren Kindergartenbesuch fördern.

Die Regierung wird ferner dazu aufgefordert, Rahmenpläne für den Unterricht im Kindergarten zu verfassen – derzeit gibt es diese noch nicht in allen Netzen. Dabei soll ein Schwerpunkt auf Sprache und Kommunikation gelegt werden, es soll aber vermieden werden, Lernschwellen zu definieren, damit schwächere Kinder nicht stigmatisiert werden. Außerdem soll der Rahmenplan den Kindergarten nicht verschulen, d. h. aus ihm eine Art vorgezogene Primarschule machen. Und schließlich soll keine summative Evaluation durchgeführt werden.

Gerechtere Schule

Die Zentralgruppe bemerkt, dass das System für die Schulhilfe für Schulen in Schwierigkeiten (die sogenannten *écoles en encadrement différencié*[3]) auf dem sozioökonomischen Status der einzelnen Schüler basiert. Jeder Schüler verfügt über einen solchen Status, der bestimmt, ob die Schule in den Genuss einer zusätzlichen Hilfe kommen kann.

Derzeit wird dieser Status durch das Viertel bestimmt, in dem das Kind lebt. Um das System etwas auszufeilen und die Hilfen gezielter einzusetzen, schlägt die Zentralgruppe vor, dass der sozioökonomische Status des Kinds von Merkmalen abhängig gemacht werden soll, die dem Kind selbst eigen sind.

Evaluation für jeden

Die Schule evaluiert derzeit vor allem die Schüler. Es sollten aber auch die Lehrer und die Schulleiter evaluiert werden, und zwar in erster Linie nicht, um sie zu sanktionieren, sondern um Mängel zu lokalisieren und Lösungen aufzuzeigen.

Die Unterrichtsministerin der Französischen Gemeinschaft, Marie-Martine Schyns, gab in einem Interview mit *La Libre Belgique* jedoch zu verstehen, dass negative Evaluationen nur dann erfolgen sollen, wenn die Lehrer schlechten Willen beim Erreichen der festgelegten Schulziele zeigen oder wenn sich wiederholt Unzulänglichkeiten bei der Umsetzung der vorgeschlagenen Lösungswege zeigen.[4]

Wenn zwei aufeinanderfolgende Evaluationen negativ ausfallen, können die Lehrer ihren Arbeitsplatz verlieren. Sie haben aber das Recht, gegen eine negative Evaluierung Beschwerde einzulegen.[5]

Digitalisierung

Die Zentralgruppe fordert eine bessere digitale Ausstattung der Schulen, zudem sollen digitale Arbeitsgeräte konsequenter in den Schulalltag integriert werden. Es soll sowohl mit Hilfe der neuen Technologien unterrichtet werden als auch über diese Technologien.

---

[3] Zu Deutsch: „Schulen mit differenzierter Begleitung", Anm. d. Verf.
[4] La Libre Belgique, 09.03.2017.
[5] L'Avenir, 09.03.2017.

Die Schüler sollen dabei lernen, im Internet Recherchen durchzuführen, ihre Identität im Internet zu schützen und sich mit den Funktionen von Twitter und anderen sozialen Netzwerken vertraut machen.

Zur Vorbereitung schlägt die Zentralgruppe die Bildung einer „digitalen Taskforce" vor.

Junge Lehrer unterstützen

Junge Lehrer scheiden häufig viel zu früh aus dem Beruf wieder aus. Dies hängt hauptsächlich damit zusammen, dass sie lange auf ihre Ernennung warten müssen, von Schule zu Schulen wandern und dabei keinen Vollzeitvertrag erhalten.

Die Zentralgruppe ruft die Regierung der Französischen Gemeinschaft dazu auf, die Verwaltung freier Stellen zu optimieren, damit Arbeitsplätze schneller angeboten werden können.

Außerdem soll die Berechnung des Betreuungsverhältnisses im Kindergarten angepasst werden, damit schneller auf die Entwicklung der Schülerzahlen reagiert werden kann.

Überdies wird empfohlen, das Beschäftigungsverhältnis des Berufsanfängers schneller zu sichern und der Zerstückelung des Stundenplans entgegenzuwirken.

Eine weitere Maßnahme wäre ein besserer Empfang der Berufsanfänger, denen Referenzpersonen zur Unterstützung zur Seite gestellt werden sollte.

Schließlich sollten gemeinsame Arbeitsbereiche eingerichtet werden, wo die Lehrer sich treffen und im Team arbeiten können.

Nächste Schritte (Stand März 2017)[6]

Im März 2017 hat die Zentralgruppe der Regierung der Französischen Gemeinschaft die dritte Synthese der von den einzelnen Arbeitsgruppen ausgearbeiteten Vorschläge vorgelegt. Die Regierung wird die Vorschläge in konkrete Maßnahmen umsetzen, von denen einige bereits für 2017 vorgesehen sind. Die größten Veränderungen sind jedoch erst für die Jahre 2020 bis 2027 zu erwarten.

Im September 2017 soll zunächst das Betreuungsverhältnis im Kindergarten verbessert werden. Bis September 2019 möchte man dafür 1.100 Personen einstellen.

Des Weiteren sollen die Grundschulleiter ab September 2017 administrativ unterstützt werden. Dafür soll eine Hilfskraft pro 500 Schüler (statt wie bisher 1.000 Schüler) eingestellt werden. Der Abschluss dieser Maßnahme ist für 2020 angedacht. Insgesamt sieht die Regierung hierfür 450 Vollzeitäquivalente vor.

2017 möchte man auch erste Machbarkeitsstudien zunächst in Bezug auf eine Reform des Schuljahreskalenders (Ferienperioden von je zwei Wochen, wobei die Sommerferien etwas verkürzt werden) und anschließend in Bezug auf den täglichen Stundenplan durchführen.

Ab September 2018 soll der Besuch des dritten Kindergartenjahrs verpflichtend sein (also nicht mehr des ersten Kindergartenjahrs wie ursprünglich gefordert – *siehe* weiter oben), indem er als Bedingung für die Einschreibung in das erste Primarschuljahr gemacht wird (wie häufig das dritte Kindergartenjahr besucht werden muss, bleibt noch festzulegen).

Ebenfalls ab September 2018 möchte die Französische Gemeinschaft Mittel freigeben, um die Anzahl Schüler, die sitzenbleiben und die Schule abbrechen, zu reduzieren.

---

[6] Le Soir, 09.03.2017.

Zum Schulanfang 2018 wird eine erste Gruppe von Schulen ihren Steuerungsplan verfassen, in dem sie u. a. ihre Ziele hinsichtlich der Versetzungsquote und der Reduzierung des Sitzenbleibens festlegen. Eine zweite Gruppe soll 2019 folgen, eine dritte Gruppe 2020. Die Steuerungspläne sollen ein Jahr nach ihrer Abfassung in Kraft treten.

Ebenfalls zum Schulanfang 2018 soll das flexible Zeitfenster für die Sekundarlehrer abgeschafft werden. Aktuell erteilen die Lehrer der Unterstufe (« régents ») zwischen 22 und 24 Stunden Unterricht, die Lehrer der Oberstufe (« licenciés ») zwischen 20 und 22 Stunden. Künftig sollen erstere einheitlich 22 Stunden erteilen und letztere einheitlich 20 Stunden. Diese Reduzierung gilt als Ausgleich für die Teamarbeit zwischen den Lehrern, die verstärkt werden soll.

Im September 2019 soll der Rahmenplan für den Kindergarten in Kraft treten. Die Erstellung dieses Rahmenplans soll 2017 beginnen und er soll 2018 abgestimmt werden. Im selben Jahr werden Weiterbildungen für die Kindergärtner organisiert, um sie auf den Rahmenplan vorzubereiten.

Zum gleichen Zeitpunkt wird das « Dossier d'accompagnement de l'élève », d. h. die Begleitakte für Schüler mit Schwierigkeiten, im ersten und zweiten Primarschuljahr angewendet, bevor sie auf die anderen Jahre der Primar- und Sekundarschule ausgeweitet wird. Mit dieser Akte sollen die Lernschwierigkeiten und Bedürfnisse eines Schülers während seiner gesamten Schullaufbahn strukturiert analysiert werden und es sollen Lösungen erarbeitet werden, um ein Sitzenbleiben zu vermeiden.

Für September 2020 ist der Start der interdisziplinären gemeinsamen Grundausbildung vorgesehen. Diese gilt dann zunächst für die drei Kindergartenjahre sowie das erste und zweite Primarschuljahr. Danach folgt die Reform den Schülern, bis die Aufteilung zwischen „Übergang" und „Qualifikation" im Jahr 2027 schließlich vom zweiten auf das dritte Sekundarschuljahr verschoben wird. Die Fusion von technischem und berufsbildendem Unterricht beginnt dann 2028.

Mit Schulbeginn 2020 wird das System der Referenzlehrer, die Berufseinsteigern unter die Arme greifen, eingeführt.

Ab September 2021 beginnt das Erlernen der ersten Fremdsprache im dritten Primarschuljahr statt wie bisher im fünften Primarschuljahr. Damit gleicht sich die Wallonie der Praxis in Brüssel an.

Im Jahr 2021 beginnen die Vorbereitungen zur Reform der drei letzten Sekundarschuljahre (Abteilung „Übergang", Abteilung „Qualifikation"), damit sie im September 2028 in Kraft treten kann.